

«Es darf keinen Sonderfall Schweiz geben»

Die Verwirklichung der 40-Stunden-Woche müsse von der Arbeitnehmerschaft als vordringliches Ziel anvisiert werden. Nur so könne es gelingen, die Anzahl Arbeitsplätze in der Schweiz auf dem heutigen Stand zu halten. Dies erklärte der Luzerner Nationalrat Fritz Lanz (SP) an der gestrigen 1.-Mai-Kundgebung auf dem Landsgemeindeplatz in Zug, die vom Gewerkschaftsbund und der SP organisiert worden war. Lanz ging auch auf die Umweltschäden ein und forderte, dass jeder einzelne Bürger seinen Beitrag zur Gesundung der Natur leisten müsse.

Die Forderung nach der 40-Stunden-Woche stand im Zentrum der Ansprache,

welche der SP-Nationalrat Fritz Lanz auf dem Landsgemeindeplatz hielt. Die 40-Stunden-Woche sei für einen Grossteil der Unternehmen sehr wohl tragbar, führte Lanz aus. In andern Ländern sei denn diese Forderung auch längst verwirklicht. Es dürfe und könne diesbezüglich keinen Sonderfall Schweiz in Europa geben. Dabei betonte der Luzerner Nationalrat, dass die Reduktion der Arbeitszeit als taugliches Mittel betrachtet werden müsse, um das Gespenst einer zunehmenden Arbeitslosigkeit zu bekämpfen; Erfahrungen im Ausland hätten Erfolge gezeigt. Auch im Baugeberbe in der Schweiz sei es vielerorts offensichtlich tragbar gewesen, eine höhere Anzahl von Arbeitern bei einer stagnierenden Auftragslage zu beschäftigen. Das Argument, dass eine Reduktion der

Arbeitszeit nicht verkraftet werden könne, sei im übrigen eine abgedroschene Phrase, welche die Arbeitgeberseite im Verlaufe der Jahrzehnte bei jeder sich nur bietenden Gelegenheit wiederholt habe. Lanz brachte dann jedoch den Willen zu Kompromissen mit denjenigen Branchen zum Ausdruck, die durch eine 40-Stunden-Woche effektiv zu stark belastet würden.

«Existenzielle Bedrohung»

«Die Umweltverschmutzung stellt heute eine existenzielle Bedrohung dar. Die Schäden in den Wäldern können nicht mehr verheimlicht, höchstens noch verharmlost werden», betonte Lanz weiter in seiner Ansprache. Lange Zeit habe man nun sorglos mit dem technologischen Fortschritt gelebt. Dies sei nun nicht mehr weiter möglich. Zu Recht habe Bundesrat Alphons Egli erklärt, dass der Zustand unserer Umwelt zu einem eigentlichen Umdenken führen müsse. Der SP-Nationalrat folgte dann: «Wir werden einige uns lieb gewordene Gewohnheiten aufgeben müssen, und dies darf nicht als Appell an die Behörden verstanden werden. Wir alle sind aufgerufen, unseren Beitrag zur Gesundung der Natur zu leisten.

«Vereint sind wir stark»

«Vereint sind wir stark.» «Uniti siamo forti.» Dies waren die Slogans, die zu Beginn dieser Mai-Kundgebung über den Landsgemeindeplatz hallten. Solidarität unter allen Arbeitnehmern wurde da gefordert; Erasmo Candolfi, der sich in italienischer Sprache an die gut hundert Anwesenden wandte, betonte im besonderen die Solidarität mit den Gastarbeitern. Diese Rufe nach einer geeinten Arbeitnehmerschaft mussten indessen gestern in Zug als Wunschträume erscheinen. Zwei 1.-Mai-Veranstaltungen waren nämlich auf den gestrigen Tag angesetzt: Eine hatte der Gewerkschaftsbund und die Sozialdemokratische Partei des Kantons Zug organisiert, die andere ein «alternatives» Komitee, das sich aus den Reihen des Gewerkschaftsbundes gelöst hatte. Immerhin, als die erste Veranstaltung auf dem Landsgemeindeplatz zu Ende ging, promenierte einige der Anwesenden auf das Vorstadtquai, wo die andere Feier unterdessen begonnen hatte.

Ueli Schärer

Jürgmeier: Für die Neue Linke

Die alternative Maifeier der jungen Linken unterhalb des Zuger Regierungsgebäudes lockte gestern etwas mehr als 100 Interessierte und Beteiligte an. Im Mittelpunkt des Treffens stand das Referat des Zürcher Schriftstellers Jürgmeier. Er warf der traditionellen Linken – Sozialdemokratie und Gewerkschaften – vor, sich mehr und mehr ins bürgerliche Herrschaftssystem integrieren zu lassen. Ein alternatives «Mai-Fäscht» fand im Casino statt.

Die Tatsache, dass die traditionelle und die junge Linke getrennte Maifeiern durchführten, liege ganz einfach im mangelnden Solidaritäts- und Demokratieverständnis der Gewerkschafts- und Parteibürokraten, erklärte Tagespräsidentin Madeleine Landolt. Weiter sagte sie: «Wir wollen keine kleinen Schritte – einmal vor und zu-

rück – wir wollen klare politische Wege und Einstellungen sehen zur ganzen Verfilzung der Wirtschaft, ihrer Gewinne, zum konsequenten Umweltschutz, zur Abschaffung der Armee und zum Sozialabbau.»

Im Zusammenhang mit der Initiative zur Abschaffung der Armee erklärte Jürgmeier, werde den Initiatanten immer wieder vorgeworfen, die Initiative sei kontraproduktiv und stärke nach massiver Ablehnung durch das Volk die Armee. Damit stehe fest, dass es für die Herrschenden nichts Besseres gebe, als der Opposition systematisch beizubringen, die öffentliche Formulierung ihrer grundlegenden Ziele rufe nur Gegenkräfte hervor und schade der Opposition letztlich selbst, sagte der Referent. Dies heisse, die Opposition solle schweigen, wenn sie sich vor Gegenreaktionen schützen wolle. Schweigen heisse jedoch anpassen, resignieren – kuschen. Rupy Enzler



Anlässlich der alternativen Maifeier demonstrierte ein Tatzelwurm für «Friede ohne Waffe». Bild Christine Bischof

LWN 7.06.85

bereits in den letzten beiden Jahren nicht mehr der kantonale Gewerkschaftsbund (LGB), der traditionelle Veranstalter der Luzerner Maifeiern, alleinige Trägerschaft in Erscheinung tritt. Mehr war es wiederum ein «1.-Maimittee Luzern», dem der LGB ebenso gehört wie die Sozialdemokratische Partei, die Progressiven Organisationen (Sozialistische Arbeiterpartei), die Organisation für die Sache der Arbeiter (Ofra), der christliche Verband der Schweizer Metallarbeiter (FCOM) und das Zentralamerikakomitee (Zak).



Rund hundert Personen nahmen an der gestrigen Mai-Kundgebung auf dem Landsgemeindeplatz in Zug teil. Bild Christine Bischof